Ap 120/1/ T3 sfertigung

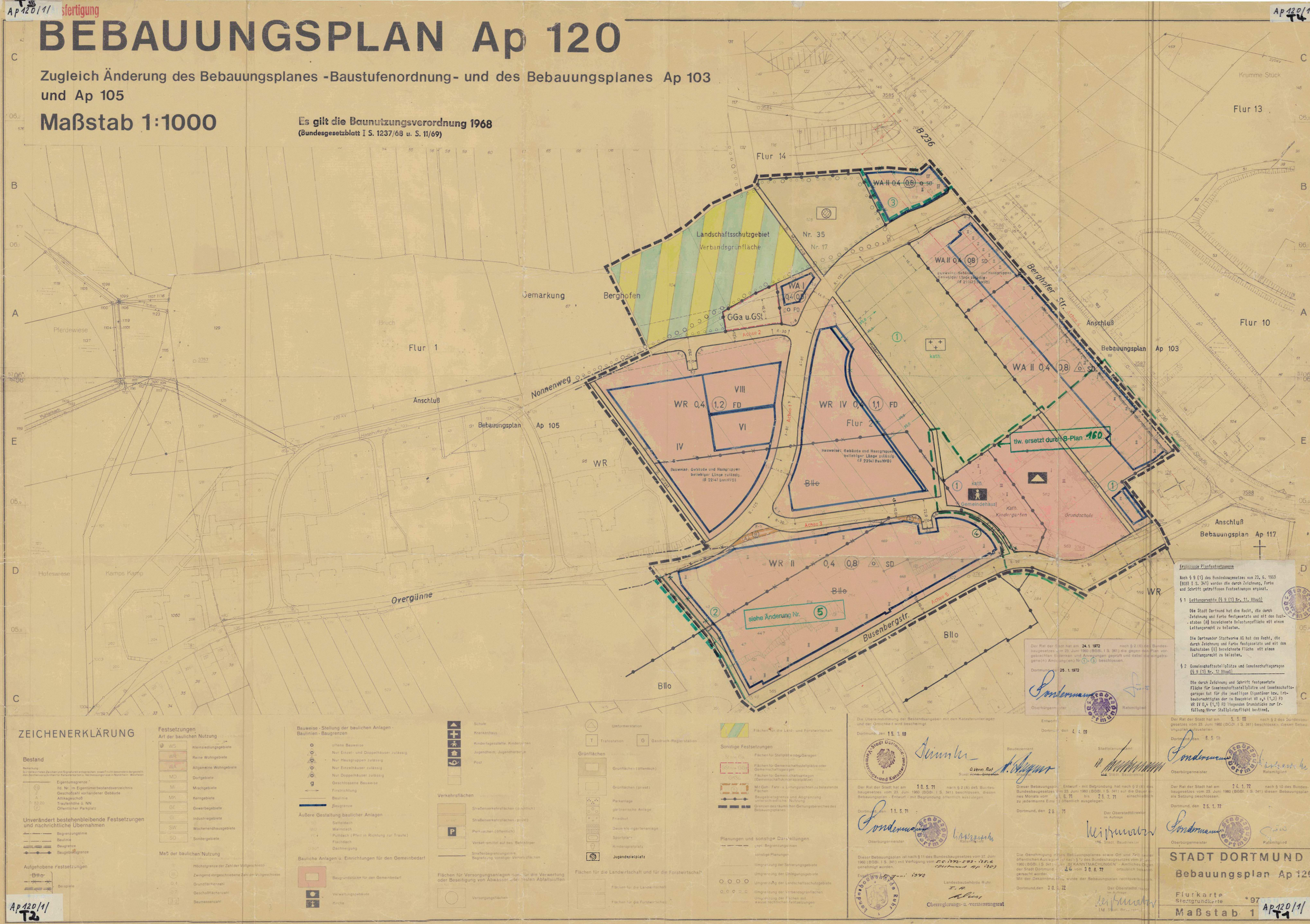
Ap 120/1/ T4

# BEBAUUNGSPLAN Ap 120

Zugleich Änderung des Bebauungsplanes -Baustufenordnung- und des Bebauungsplanes Ap 103 und Ap 105

## Maßstab 1:1000

**Es gilt die Baunutzungsverordnung 1968**
(Bundesgesetzblatt I S. 1237/68 u. S. 11/69)




## ZEICHENERKLÄRUNG

**Bestand**

Bemerkung
Die verwendeten Zeichen und Signaturen entsprechen, soweit nicht besonders dargestellt, den Zeichenvorschriften für Katasterkarten des Vermessungswesens in Nordrhein-Westfalen.

- Eigentumsgrenze
- 12 lfd. Nr. im Eigentümerbestandsverzeichnis
- A Geschoßzahl vorhandener Gebäude
- Attikageschoß
- 7.53.20 Traufenhöhe ü. NN
- P Öffentlicher Parkplatz

**Unverändert bestehenbleibende Festsetzungen und nachrichtliche Übernahmen**

- Begrenzungslinie
- Baulinie
- Baugrenze
- Baugebietsgrenze

**Aufgehobene Festsetzungen**

- BIIo Bebauung

**Festsetzungen**
**Art der baulichen Nutzung**

- WS Kleinsiedlungsgebiete
- WR Reine Wohngebiete
- WA Allgemeine Wohngebiete
- MD Dorfgebiete
- MI Mischgebiete
- MK Kerngebiete
- GE Gewerbegebiete
- GI Industriegebiete
- SW Wochenendhausgebiete
- SO Sondergebiete

**Maß der baulichen Nutzung**

- II Höchstgrenze der Zahl der Vollgeschosse
- III Zwingend vorgeschriebene Zahl der Vollgeschosse
- 0,4 Grundflächenzahl
- 0,7 Geschoßflächenzahl
- 3,2 Baumassenzahl

**Bauweise - Stellung der baulichen Anlagen - Baulinien - Baugrenzen**

- o offene Bauweise
- Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- Nur Hausgruppen zulässig
- Nur Einzelhäuser zulässig
- Nur Doppelhäuser zulässig
- g Geschlossene Bauweise
- Firstrichtung
- Baulinie
- Baugrenze

**Äußere Gestaltung baulicher Anlagen**

- SD Satteldach
- WD Walmdach
- PD Pultdach (Pfeil in Richtung zur Traufe)
- FD Flachdach
- Dachneigung

**Bauliche Anlagen u. Einrichtungen für den Gemeinbedarf**

- Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- Verwaltungsgebäude
- Kirche
- Schule
- Krankenhaus
- Kindertagesstätte, Kindergarten
- Jugendheim, Jugendherberge
- Post

**Verkehrsflächen**

- Straßenverkehrsflächen (öffentlich)
- Straßenverkehrsflächen (privat)
- P Parkflächen (öffentlich)
- Verkehrsmittel auf bes. Bahnkörper
- Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen

**Flächen für Versorgungsanlagen oder für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen**

- Versorgungsflächen
- Umformerstation
- T Trafostation
- G Gasdruck-Reglerstation

**Grünflächen**

- Grünflächen (öffentlich)
- Grünflächen (privat)
- Parkanlage
- gärtnerische Anlage
- Friedhof
- Dauerkleingartenanlage
- Sportplatz
- Kinderspielplatz
- Jugendspielplatz

**Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft**

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für die Land- und Forstwirtschaft

**Sonstige Festsetzungen**

- Flächen für Stellplätze oder Garagen
- GSt/Ga Flächen für Gemeinschaftsstellplätze oder Gemeinschaftsgaragen
- Flächen für Gemeinschaftsanlagen (Gemeinschaftskinderspielplätze)
- Mit Geh-, Fahr- u. Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Baugebietsgrenze und Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

**Planungen und sonstige Darstellungen**

- Begrenzungslinien
- sonstige Planungen
- Umgrenzung der Schwerungsgebiete
- Umgrenzung der Überlagerungsgebiete
- Umgrenzung der Landschaftsschutzgebiete
- Umgrenzung der Verbandsgrünflächen
- Umgrenzung der Flächen mit sonstigen rechtlichen Festsetzungen

Ergänzende Planfestsetzungen

Nach § 9 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBl I S. 341) werden die durch Zeichnung, Farbe und Schrift getroffenen Festsetzungen ergänzt.

§ 1 Leitungsrechte (§ 9 (1) Nr. 11, BBauG)

Die Stadt Dortmund hat das Recht, die durch Zeichnung und Farbe festgesetzte und mit den Buchstaben (A) bezeichnete Belastungsfläche mit einem Leitungsrecht zu belasten.

Die Dortmunder Stadtwerke AG hat das Recht, die durch Zeichnung und Farbe festgesetzte und mit den Buchstaben (B) bezeichnete Fläche mit einem Leitungsrecht zu belasten.

§ 2 Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen (§ 9 (1) Nr. 12 BBauG)

Die durch Zeichnung und Schrift festgesetzte Fläche für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen ist für die jeweiligen Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten der im Baugebiet WR 0,4 (1,2) FD WR IV 0,4 (1,1) FD liegenden Grundstücke zur Erfüllung ihrer Stellplatzpflicht bestimmt.

Der Rat der Stadt hat am 24. 1. 1972 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) die gegen den Plan vorgebrachten Bedenken und Anregungen geprüft und dabei die eingetragen(en) Änderung(en) Nr. (1-3) beschlossen.

Dortmund, den 25. 1. 1972

Oberbürgermeister Ratsmitglied

Die Übereinstimmung der Bestandsangaben mit den Katasterunterlagen und der Örtlichkeit wird bescheinigt.

Dortmund, den 15. 3. 69

Stadtvermessungs- und Katasteramt

Entwurf

Dortmund, den 4. 4. 69

Baudezernent Stadtplanungsamt

Der Rat der Stadt hat am 5. 5. 69 nach § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan zur Auslegung zu bestimmen.

Dortmund, den 8. 5. 69

Oberbürgermeister Ratsmitglied

Der Rat der Stadt hat am 10. 5. 71 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan - Entwurf - mit Begründung öffentlich auszulegen.

Dortmund, den 11. 5. 71

Oberbürgermeister Ratsmitglied

Dieser Bebauungsplan - Entwurf - mit Begründung hat nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) auf die Dauer von 6 Wochen vom 6. 7. 71 bis 25. 7. 71 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Dortmund, den 29. 7. 71

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Stadt. Baudirektor

Der Rat der Stadt hat am 24. 1. 72 nach § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Dortmund, den 25. 1. 72

Oberbürgermeister Ratsmitglied

Dieser Bebauungsplan ist nach § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 56.1393-253-185.6 (Dortmund Ap 120) genehmigt worden.

Essen, den 17. Juni 1972

Landesbaubehörde Ruhr
I. A.
Oberregierungs- u. vermessungsrat

Die Genehmigung dieses Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit seiner öffentlichen Auflegung ist nach § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) ortsüblich bekanntgemacht worden.
Mit der Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Dortmund, den 30. 6. 72

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Stadt. Baudirektor

**STADT DORTMUND**

**Bebauungsplan Ap 120**

Flurkarte
Stadtgrundkarte *97

Maßstab 1

Ap 120/1/ T1

Ap 120/1/ T2